

## Medien unter Sektenkuratel

Nach einem Bericht in "Le Monde" (11.4.96) hat die größte japanische Fernsehgesellschaft TBS (Tokyo Broadcasting System) dem Druck der Aum-Shin-ri-kyo-Sekte nachgeben und 1989 drei führenden Mitgliedern der für das Tokyo-er-U-Bahn-Attentat verantwortlichen Eliteorganisation ein Interview mit dem Anwalt der von der Sekte geschädigten Familien vor der Ausstrahlung ausgehändigt. 10 Tage später wurde Dr. Tsutsumi Sakamoto, seine Frau und ihr einjähriges Kind von Sektenmitgliedern in ihrer Wohnung erwürgt. Nachdem das Faktum bis zuletzt geleugnet worden war, trat der TBS-Präsident nun am 9.4. zurück.

Die Einfluß der in Geld- und Intelligenzkreisen verwurzelten religiösen Sondergesellschaft zeigt sich auch darin, daß die Untersuchung des Falles zum Stillstand kam und kaum einen Monat nach der Ermordung Sakamotos ein Exklusiv-Interview mit dem Aum-Guru Shoko Asahara von TBS gesendet wurde.

Nach Umfragen hält nur noch ein Viertel der Japaner das Fernsehen für glaubwürdig.

Willibald Feinig

## Exkommunikation für Basis-Christen- und Mitbrüder im Bischofsamt?

Der Bischof von Lincoln, Nebraska (USA), Fabian Bruskewitz, hat in einem Rundschreiben vom 19. März 1996 allen Angehörigen seiner Diözese die Exkommunikation angedroht, die nach dem 15. Mai noch namentlich genannten katholischen und ökumenischen Basisorganisationen angehören, darunter "Call to Action".

Die mit dem europäischen Netzwerk "Kirche im Aufbruch" verbundene überregionale Gruppe hat zuletzt das "Aschermittwoch-Gebet" in zahlreichen Gemeinde- und Domkirchen der USA initiiert, das zu einem Überdenken des priesterlichen Dienstes in der katholischen Kirche ("Priestermangel") führen soll. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen mahnt "Call to Action" die politische Verantwortung der Christen ein, vor allem, was Gesundheitswesen, Todesstrafe und Zukunft des Sozialstaats betrifft. Mehrfach hat die Organisation die Vereinnahmung "der Kirche" durch populistische Kandidaten verhindert. Detail am Rand: Mindestens drei US-Bischöfe sind Mitglieder von "Call to Action".

Basiskirchliche Gruppen aus ganz Österreich haben an Bischof Bruske-

witz appelliert, mit der Verdammung von Christen aufzuhören, die eine Veränderung ihrer Kirche anstreben und Dialog statt offenen Konflikt zu suchen.

Willibald Feinig

## 20% gegen Werbung

Nach Aussagen des "Mouvement écologique" haben 20% der Luxemburger Wohnbevölkerung den Aufkleber "Keng Reklamme w.e.g.!" auf ihrem Briefkasten kleben. Während die professionellen Werbefirmen ihren Verteilern Anweisung gegeben haben, sich an diesen Wunsch zu halten, da der Besitzer durchaus Klage wegen unbefugter Benutzung des Briefkastens erheben könnte, weigert sich die Post bisher, den Briefträgern eine ähnliche Erlaubnis zu geben, weil die Auftraggeber angeblich das Recht haben, von ihr eine flächendeckende Erfüllung des Verteilungsauftrags zu erwarten. Nur wenige ökologisch eingestellte Briefträger, die die unnütze Papierverschwendung und die kostentreibende Aufblähung des Müllbergs genauso vermeiden wollen wie die 20% der Briefkastenbesitzer, die per Aufkleber ihren Unmut ausdrücken, wagen es bisher, sich über das Austragungsgebot ihres Dienstherrn hinwegzusetzen.

Erst eine Unterschriftenaktion des "Mouvement écologique" und der Briefträgergewerkschaft, an der sich 10 000 Bürger beteiligten, bewog die Post, einzulernen und zumindest ihren Werbekunden die Frage zu stellen, ob sie bereit sind, ihre Werbesendung nur an die Haushalte austeilern zu lassen, die sich nicht mittels Aufkleber am Briefkasten dagegen wehren. Es lohnt sich also immer mehr, den Aufkleber "Keng Reklamme w.e.g." gratis beim "Mouvement écologique" (Tel. 439030) zu bestellen.

Demnächst dürfte den Briefkastenbesitzern aber neues Ungemach ins Haus stehen. Denn die Post weiß, wie sie eventuell verlorene Austragungsaufträge durch neue Einnahmen wettmachen will. Bei der Umfrage, die die P&TLuxembourg Anfang April zwecks Klärung der Eintragungen ins neue, weiße oder gelbe Telefonbuch bei den Telefonabonnenten durchführte, teilte sie nebenbei ihren Kunden mit, daß sie vorhat, ihre "Namensdatei (...) Drittpersonen zwecks Direktmarketing" zur Verfügung zu stellen. Nur wer den Umfragebogen überhaupt zurückschickt und durch eine zweite Unterschrift unter den entsprechenden Passus der Post die Erlaubnis verweigert, seinen Namen für Werbezwecke weiterzugeben, wird davor bewahrt bleiben. Die anderen Telefon-

abonnenten dürften demnächst von persönlich adressierten Werbesendungen überflutet werden, vor denen natürlich kein Aufkleber auf dem Briefkasten schützen kann. Noch kann aber jeder Bürger auch mittels informellem Brief die Postdirektion auffordern, seinen Namen in jeder Liste zu tilgen, die für Werbezwecke an Drittpersonen weitergegeben wird.

m.p.

## Rechte der brasilianischen Indigenos eingeschränkt

Am 8. Januar 1996 setzte der brasilianische Präsident Henrique Fernando Cardoso ein Dekret in Kraft, das die Prozedur zur Demarkation der indigenen Ländereien verändert. Das neue Dekret stellt Bedingungen für den Besitzanspruch der Indios, während die 1988 unter Indio-Mitarbeit zustandegekommene neue brasilianische Bundesverfassung dieselben indigenen Besitzrechte als natürliche Ansprüche definiert. Das Dekret legitimiert Entschädigungsforderungen von Bundesstaaten, Gemeinden oder Personen wegen Demarkationen selbst dort, wo die Bundesverfassung sie als unzulässig erklärt. Ausgeschlossen wird jetzt auch jede Rekursmöglichkeit zur Erweiterung des demarkierten Landes im Falle, wo die demarkierten Ländereien sich als ungenügend für das Überleben der Indios erwiesen haben. Die FUNAI (staatliche Indioschutzbehörde) wird ihrer Verpflichtung enthoben, den indigenen Völkern Beistand zu leisten. Besitztitel, die auf schon demarkierte Gebiete ausgestellt sind, die laut Verfassung rechtsungültig sind, sollen in Zukunft vor Gericht als Beweismittel anerkannt werden. Mit diesem Dekret steht den expansiven Gelüsten der Großgrundbesitzer, die bislang vielfach auf die Dienste von gedungenen Mördern (*pistoleros*) zurückgriffen, Tür und Tor offen.

Aus Verzweiflung oder Protest gegen die mangelnden Siedlungsgründe haben mittlerweile Hunderte von Angehörigen des Volkes der Guarani-Kaiowa im Mato Grosso Selbstmord begangen. Dem von der Jagd lebenden Volk stehen nur mehr ein paar Hektar Land zur Verfügung, die nicht genügen, um die Nahrungsgrundlage sicherzustellen.

Bischof Erwin Kräutler forderte die Regierungen Europas auf, Druck auf die Regierung in Brasília auszuüben, damit das Dekret rückgängig gemacht wird. In Luxemburg lancierte die Vereinigung *Iwerliewen* eine Kampagne mit dem Ziel, dem Präsidenten von Brasilien zu schreiben (Praça dos Tres Poderes, 70175-900 Brasília DF; Fax: 0055-61-3165508), um ihn zur Rücknahme

des verfassungswidrigen, indiofeindlichen Dekrets zu bewegen. Ähnliche Aktionen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß Druck von außen durchaus Wirkung hat auf die brasilianische Regierung.

m.p.

### forum-Finzen saniert

**D**ie Generalversammlung der *forum*-asbl am 23. April 1996 konnte eine erfreuliche Bilanz des *forum*-Geschäftsjahres 1995 zur Kenntnis nehmen. Von über 600 000 Franken im Jahr 1994 fiel das Jahresdefizit auf 80 000 Franken. Und da 1995 noch keine Werbeeinnahmen zu verbuchen waren, dürfte sich die Bilanz von 1996 wieder in schwarz schreiben. Diese Entwicklung ist mit der Streichung eines Sekretärinnenpostens und durch den Umzug in preisgünstigere Büroräume zu erklären.

Der andere Posten in der *forum*-Bilanz zeigt allerdings eine leider keineswegs erfreuliche Tendenz auf: Die Abonnentenzahl ist weiter im Fallen: von maximal 1541 im Jahr 1994 auf nur noch 1265 heute. Die Überlastung unserer verbleibenden Sekretärin, die kaum Zeit findet, um aktiv Werbung für *forum* zu betreiben, erklärt wohl nur z.T. diese Tendenz, die auch bei anderen Organen der alternativen Presse festzustellen ist. Insbesondere die Altersschicht der 20- und 30jährigen scheint wenig auf unser

Produkt anzusprechen. Nichtsdestoweniger wollen wir offen bleiben für Änderungen am Gesamtkonzept, in Sachen Werbung und eventuell Layout sollen weitere Anstrengungen unternommen werden. Denkanstöße, konkrete Vorschläge und Angebote zur Mitarbeit, selbst nur punktuell, aus unserer Leserschaft sind natürlich jederzeit willkommen. Und werben Sie fleißig in Ihrem Bekanntenkreis ... ein *forum*-Geschenkabonnement ist gar nicht teuer und dauert ein Jahr!

m.p.

### forum-Planung

**Nr. 169:** Dossier: Umverteilung der Arbeit - eine wirtschaftliche und sozialpolitische Notwendigkeit  
weitere Themen: Cannes 1996, Centre d'Art contemporain und Festungsmuseum auf Drei Eichen, 75 ans de BGL, ...  
Redaktionsschluß: 10. Juni 1996  
Erscheinungstermin: 5. Juli 1996

**Nr. 170:** Flüchtlingsarbeit in Bosnien als Form sozialen Engagements  
weitere Themen: Welche Steuerpolitik wollen Die Grünen?  
Redaktionsschluß: 1. September 1996  
Erscheinungstermin: 4. Oktober 1996

**Nr. 171:** Dossier: Bauern in Luxemburg  
**Nr. 172:** Klassische Musik in Luxemburg  
**Nr. 173:** Europabeamte unter uns

### Impressum:

forum mat Public - Des Nummer as erauskommen den 24. Mee 1996

Redaktion: "forum" a.s.b.l. - 1, place Ste Cunégonde L-1367 Luxembourg

Tel.: 42 44 88 Fax: 42 44 99

Bürozeiten: Montag bis Freitag 9-12

### Herausgeberkreis:

Sylvie Bintz, Fernand Fehlen, Metti Flammang, Hubert Hausemer, Anne Jungblut, Raymond Klein, Serge Kollweiler, Pol Leurs, Charel Margue, Gust Muller, Michel Pauly, Michel Schaack, Dominique Schlechter, Simone Schoettert, Patrick Tachini, Jupp Wagner, Claude Wey

### Redaktion:

Fernand Fehlen, Raymond Klein, Michel Pauly, Dominique Schlechter, Claude Wey  
**Originalzeichnungen** in dieser Nummer von: Romain Hoffmann, Carlo Schmitz  
*forum* erscheint seit 1976 achtmal im Jahr.  
Durchschnittliche Auflage 1995: 1940  
Mindestpreis für ein **Jahresabonnement** (8 Nummern): 850 F, Geschenkabonnement: 720 F, Studenten und Arbeitslose: 720 F, Auslandsabonnement: 1100 F (850 F + 250 F Portozuschlag) zu überweisen auf das Postscheckkonto 61154-44 von *forum*, Luxemburg, mit dem Vermerk: Abo ab Nr. ...  
Der **Nachdruck** von "forum"-Beiträgen ist erwünscht, wenn die Quelle angegeben wird. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
**Druck:** rapid press, Luxembourg